



**SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS**

11.10.2018

### **Argumente zur Stellungnahme der SPD Kreistagsfraktion zur Änderung des Vertrags Müllheizkraftwerk**

Unseren Antrag zur Rekommunalisierung des MHKW zum 31.12.2025 stellten wir mit der Begründung :

Die SPD Fraktion hat bei der Entscheidung im Kreistag 1995 geschlossen gegen die Privatisierung des Müllheizkraftwerks gestimmt. Wir waren damals, und sind dies auch heute der Meinung, dass alles was zur kommunalen Daseinsvorsorge gehört in öffentlicher Hand der Kommunen bzw. des Landkreises bleiben sollte. Nur so können Entscheidungen beeinflusst, und kann im Sinne der Einwohnerschaft gehandelt werden.

Es folgten nun Gespräche zwischen der Verwaltung und EEW,

In der Sitzung des UVA am 25.09.2018 wurde die Entwicklung eines „Neuen Müllkonzepts, eine langjährige Forderung der SPD Kreistagsfraktion beschlossen.

In dieser Sitzung wurde der Vorschlag eines Kompromisses mit Kündigung zum 30.06.2028, eingebracht. Dieser wird begründet mit der Zeit zur Prüfung die benötigt wird um die rechtliche Machbarkeit aber auch die finanzielle Darstellung für den Landkreis zu erarbeiten. Dies auch unter dem Gesichtspunkt, dass dann das „Neue Müllkonzept“, das in 2019 beschlossen werden und 2021 in Kraft treten soll, bei diesen Betrachtungen mit einfließen kann.

Wir waren der Meinung, dass eine ordentliche und gewissenhafte Prüfung der Möglichkeit der Rekommunalisierung mit den Zahlen des ab 2021 veränderten Müllkonzepts eine gute und seriöse Grundlage für eine Entscheidung zur Rücknahme des MHKW in ein Unternehmen des Landkreises sein wird.

Der Anregung der Bürgerinitiative zur Rekommunalisierung des MHKW sind wir nachgekommen, dies wird nun lediglich um 2,5 Jahre später sein werden.

Die SPD-Kreistagsfraktion fordert die Prüfung der Rekommunalisierungsmöglichkeiten des MHKW durch die Kreisverwaltung. Im Rahmen dieser Prüfung muss mit allen möglichen kommunalen Trägern bzw. kommunalen Unternehmen aus dem Kreis Göppingen gesprochen und ein mögliches Interesse an einer Betriebsführung abgeklärt werden.

Es sollte zudem geklärt werden wie eine Kooperation mit den Nachbarlandkreisen aussehen kann. Noch besser wäre ein Konzept zur Müllentsorgung und Verwertung auf regionaler Ebene. Dann könnten alle Abfälle gezielt und kanalisiert einer Verwertung und Entsorgung zugeführt werden.

Wichtig ist unserer Fraktion auch die Situation der Mitarbeitenden, dies sind 56 Personen, davon 10 Auszubildende des MHKW. Diesen muss bei einer Betriebsübernahme eine Beschäftigungsgarantie mit gleicher Bezahlung wie heute gegeben werden. Bei aller Kritik an einem chinesischen Betreiber muss gesagt werden, dass die Beschäftigten nach Verditarif Ver - und Entsorgung bezahlt werden, und ein Betriebsrat die Angelegenheiten der Mitarbeitenden vertritt.

Die geplante Mengenerhöhung von 10 000 t/a, die im 5. Änderungsvertrag festgeschrieben werden, muss von der EEW beantragt, und dann vom Regierungspräsidium geprüft und genehmigt werden. Das Regierungspräsidium unter der Führung von Herrn Regierungspräsident Reimer, dieser gehört der Partei Bündnis 90/die Grünen an, wird bestimmt sehr genau und gewissenhaft prüfen. Falls die Genehmigung der Mengenerhöhung erfolgen wird, gehen wir davon aus, dass keine gesundheitliche Belastungen dadurch eintreten werden.

Gleichzeitig verpflichtet sich die EEW die Belastung durch Stickoxide weiter zu senken, so dass keine Erhöhung der derzeitigen Werte erfolgen wird.

Dies muss kontinuierlich überprüft werden. Die Gesundheit der Menschen im Landkreis steht auch für die Sozialdemokraten stets im Vordergrund.

Die Vorteile für den Landkreis in Höhe von 13 Mio. Euro, die dem Gebührenzahler zu Gute kommen, sind nicht von der Hand zu weisen.

Für uns Sozialdemokraten ist die Höhe der Abfallgebühren für die Einwohnerschaft von Bedeutung.

Fazit: Die SPD Kreistagsfraktion ist nicht umgefallen, sondern wir können das Ziel der ernsthaften Überprüfung einer Rekommunalisierung erreichen, allerdings mit 2,5 Jahren Verzögerung.

Für unseren ursprünglichen Antrag hätte es im Ausschuss keine Mehrheit gegeben.

Bei politischen Entscheidungen müssen oft Kompromisse geschlossen werden, es sei denn, man hat die politische Mehrheit. Dieser Kompromiss ist für uns der erste Schritt auf dem Weg zur Rekommunalisierung des MHKW in den Landkreis, das Ziel werden wir dabei keinesfalls aus den Augen verlieren.

Es ist uns wichtig, dass die finanzielle Handlungsfähigkeit des Landkreises erhalten bleibt, dass die Verwertung und Entsorgung des Mülls zukunftsfähig ist und bleibt, sowie die anderen großen Projekte des Landkreises bei aller Wichtigkeit der Diskussion um die Zukunft des MHKW nicht aus den Augen verloren werden.

Die Entscheidung fällt uns nicht leicht, wir haben viel diskutiert, uns informiert und Chancen und Risiken abgewogen.

Die SPD Kreistagsfraktion ist sich sicher, dass die Entscheidung zur Zustimmung des Kompromisses die Richtige sein wird.

Für die SPD Kreistagsfraktion

Susanne Widmaier